

 [Drucken](#)

Australien

Fidschi Inseln: Inder raus!

Auf den Fidschi-Inseln schüren die Eliten angesichts der Wirtschaftskrise ethnische Unruhen.

Der Inselstaat Fidschi ist ein Beispiel für die Folgen der Globalisierung in der Peripherie. Wirtschaftliche Zwänge, denen das Land als Zuckerrohrexporteur und Billiglohnstandort der Textilindustrie ausgesetzt ist, verstärken die Armut. Gleichzeitig machen traditionelle Eliten Stimmung gegen die indisch-stämmige Bevölkerung. Die Folge: Wer es sich leisten kann, verlässt die Inseln.

von Eberhard Weber

Am liebsten würde die Regierung des Inselstaates Fidschi wohl derzeit die Grenzen des Landes schnellstmöglich schließen - nicht etwa gegen illegale Immigranten, die sich an den Traumstränden niederlassen, sondern vielmehr gegen alle, die das Südseeparadies in Richtung Australien, Neuseeland oder die USA verlassen wollen. Allein im vergangenen Jahr beteiligten sich nach einem Bericht der amerikanischen Botschaft in Suva, der Hauptstadt von Fidschi, 100.000 der insgesamt gerade mal 850.000 InsulanerInnen an der Verlosung von Green Cards, der ständigen Aufenthaltsgenehmigung für die USA.

Zwischen 1987 und 2002 verließen bereits über 90.000 Menschen die Inseln. Vor allem die gut Ausgebildeten haben kaum Probleme, im Ausland erheblich besser bezahlte Anstellungen zu finden. Auf diese Weise hat Fidschi zwischen 1986 und 1996 mehr als 12 Prozent seiner wirtschaftlich aktiven Bevölkerung verloren - über die Hälfte der 1986 im Land beschäftigten Manager, Techniker, Facharbeiter und Verwaltungsexperten. Jetzt herrscht in verschiedenen Bereichen Notstand: Manchen Abteilungen der sechs Krankenhäuser des Landes droht wegen Personalmangel die Schließung. Auch der einzige Herzspezialist des größten öffentlichen Krankenhauses hat, wie viele seiner Kollegen zuvor, das Land verlassen. Und Anfang Juni 2002 verwies die Einwanderungsbehörde zwei Neuseeländerinnen des Landes, die nach Fidschi gekommen waren, um Krankenschwestern für die Vereinten Arabischen Emirate anzuwerben. Der Wunsch so vieler Menschen, ihrer Heimat den Rücken zu kehren, ist ein deutliches Zeichen für den maroden Zustand der Wirtschaft des Landes. Die Regierung scheint dieser Auswanderungswelle machtlos gegenüber zu stehen. Beinahe lächerlich erschien jedenfalls ein kürzlich veröffentlichter Aufruf des Arbeitsministers Zinck an seine Landsleute, sich die Auswanderung doch noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen.

Statistisch kaum Arme

Zurück bleiben die Armen. So stellt der informelle Sektor mittlerweile mehr als 60 Prozent der Arbeitsplätze in Suva. Er ist damit wichtigster Wirtschaftsbereich in Fidschi und bietet Arbeitsplätze für die, deren Schulbildung nicht ausreicht, einen der wenigen gut bezahlten Jobs zu ergattern. Eine Untersuchung des Centre for Development Studies an der University of the South Pacific geht davon aus, dass in Fidschi gegenwärtig etwa 35 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze von etwa 110

Fidschi-Dollar in der Woche leben (1 Fidschi-Dollar sind etwa 75 Cent). Und die Armut wächst: Hatte eine erste Untersuchung zur Armut in Fidschi 1977 ergeben, dass neun Prozent der Haushalte unterhalb der Armutsgrenze lebten, waren es zehn Jahre später schon etwa 20 Prozent, und seither hat die Anzahl der Haushalte unterhalb der Armutsgrenze nochmals um mehr als 10 Prozent zugenommen.

Gleichzeitig weist Fidschi eine einkommensstarke und konsumfreudige Mittel- und Oberschicht auf. Bemerkenswerterweise ging es der Wirtschaft in den letzten 10 Jahren gar nicht so schlecht, denn sie ist um immerhin fast 30 Prozent und damit viel schneller als die Bevölkerung gewachsen, die aufgrund der massiven Auswanderungen eher stagniert. Es ist offensichtlich, dass die Armut sehr eng damit zusammen hängt, wer vom wirtschaftlichen Wachstum profitiert.

Freihandel in Textilien

Es war Mitte der 80er Jahre, als die fidschianische Regierung begann, eine auf Export orientierte Wachstumspolitik zu verfolgen. Insbesondere die Schaffung von Freihandelsfabriken hat seit 1987 Investoren angelockt. Vom Staat wurde großzügig eine Steuerbefreiung auf dreizehn Jahre gewährt, Investitionsgüter dürfen steuerfrei eingeführt werden und häufig trug der Staat bei der Neuansiedlung von Unternehmen die Infrastruktur- und Erschließungskosten. Waren also 1985 noch weniger als 15 Prozent der in Fidschi beschäftigten Menschen im formellen produzierenden Gewerbe tätig, lag ihr Anteil vier Jahre später schon bei etwa 30 Prozent. Vor allem Textilfabriken schossen wie Pilze aus dem Inselboden: Ende 1999 arbeiteten allein 128 Freihandelsunternehmen mit über 15.000 Beschäftigten im Bekleidungssektor.

Mit fast der Hälfte aller Beschäftigten ist der Textilsektor inzwischen das wichtigste produzierende Gewerbe auf den Inseln. Allerdings wird im Textilbereich unter allen Industriesektoren Fidschis am wenigsten verdient. Es sind vor allem Frauen, die hinter den Industrienähmaschinen stehen. Häufig halten die Unternehmen nicht einmal die staatlich festgesetzten Mindestlöhne ein, obschon diese noch unterhalb der Armutsgrenze liegen. Damit steht Fidschi aber nicht am unteren Ende der Liste von Billiglohnländern der Textilbranche: Den Lohn von etwa einem halben US-Dollar pro Stunde verdienen Textilarbeiterinnen in China oder Indien kaum an einem Tag.

Dennoch sind die Löhne im formellen Sektor selten hoch genug, um ein Leben jenseits der offiziellen Armutsgrenze zu führen. In der Textilindustrie kommen in einer 40-Stundenwoche nur etwa 40 Fidschi-Dollar zusammen - und das ist nicht einmal die Hälfte von dem, was die Regierung als Existenzminimum ausweist. Trotzdem würden viele Arbeitsuchende einen Job für weniger als einen Fidschi-Dollar in der Stunde annehmen, doch sie finden keine Stelle. In den letzten Jahren hat sich die Anzahl der Stellen in der formellen Wirtschaft um nur 1.500 im Jahr erhöht. Viel zu wenig, wenn man bedenkt, dass jährlich mehr als 15.000 Schulabgänger auf den Arbeitsmarkt drängen.

Nicht erst seit dem Putsch vom Mai 2000 (s.u.) sind also Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung ein ernstes Problem in Fidschi. Doch seither ist alles viel schlimmer geworden. Investoren haben fluchtartig das Land verlassen. Viele Unternehmen mussten aber auch schließen, weil Länder wie Australien und Neuseeland seitdem Importe aus Fidschi boykottierten. Vor allem die Textilindustrie war davon betroffen. Zwischen 15.000 und 20.000 Arbeiterinnen verloren in den letzten beiden Jahren ihre Arbeit. Das Leben ist für viele bedeutend unsicherer geworden. Und: Für viele Textilfabriken gehen die 13 Jahre Steuerfreiheit allmählich zu Ende. Im 14. Jahr sind dann über 30 Prozent betriebliche Einkommenssteuer fällig. Grund genug für viele ausländische Fabrikbesitzer, in Nacht- und Nebelaktionen das Land zu verlassen und ihre Maschinen gleich mitzunehmen. Immer häufiger erfahren Arbeiterinnen am Morgen, wenn sie mit ihrer Schicht beginnen wollen, dass die Fabrik geschlossen hat. Der Boss habe das Land verlassen, und ausstehende Löhne könnten nicht bezahlt werden.

Betroffen von ihrer plötzlichen Arbeitslosigkeit ist die gesamte Familie. Schätzungen gehen davon aus, dass mehr als die Hälfte der in Textilfabriken arbeitenden Frauen die einzigen Haushaltsmitglieder mit regelmäßigem Einkommen sind. Ihre Ehemänner sind entweder arbeitslos oder nur sporadisch beschäftigt. Von heute auf morgen fehlen dann die Mittel, das Schulgeld für die Kinder zu bezahlen oder den Bus, der sie jeden Tag zur Schule fährt. Zu Beginn der 90er Jahre waren es bereits 50.000 Kinder, die nicht zur Schule gingen, da ihre Eltern das Schulgeld nicht aufbringen konnten.

Zuckerrohr und Peitsche

Wie in vielen Entwicklungsländern spielt jedoch auch in Fidschi die Landwirtschaft die dominante Rolle. Vor allem das Zuckerrohr hält ganze Landesteile sprichwörtlich am Leben. Nachdem 1874 der Inselstaat Teil des britischen Kolonialreiches geworden war, brachten die Briten Inder als Arbeitskräfte für die Zuckerrohrplantagen nach Fidschi.¹ Die einheimische Bevölkerung wollte unter den dort vorherrschenden Bedingungen und Löhnen nicht arbeiten. Die Nachkommen der mehr als 60.000 indischen Plantagenarbeiter, die zwischen 1879 und 1916 nach Fidschi gebracht wurden, zogen in die Städte, wo sie hauptsächlich Handel trieben, oder wurden Farmer. Auf gepachtetem Land produzieren diese indisch-stämmigen Fidschianer heute landesweit mehr als 90 Prozent des Zuckerrohrs.

Das Land allerdings gehört zu etwa 90 Prozent Familienverbänden, den Mataqali, und ist praktisch unverkäuflich. Als Fidschi 1874 britische Kolonie wurde, war die Festschreibung der Landbesitzverhältnisse einer der ersten Verwaltungsakte der Kolonialverwaltung. Erst dadurch wurden die Familienclans Treuhänder des Grundbesitzes, der offiziell als Gemeineigentum gilt. Noch heute garantiert dieses Landrecht zwar jedem Fidschianer ein Anrecht auf ein Stück Land zur Subsistenzwirtschaft und bietet in Zeiten wirtschaftlicher Rezession eine gewisse soziale Absicherung. Vor allem profitieren von dem System aber die Chiefs der Clans und die Bürokraten in Suva. So wehren sich die ländlichen Eliten aus den Clans energisch gegen Veränderungen im Bodenrecht und der Pachtverteilung, denn sie verdienen an dem komplizierten Pachtsystem am meisten.²

Seit 1997 laufen nun die meisten Pachtverträge zwischen indisch-stämmigen Landwirten und den Landbesitzer-Familien aus. Ein Recht auf Erneuerung der Pachtverträge haben die Pächter nicht und aufgrund ethnischer Spannungen sind immer weniger Landbesitzer zur Verlängerung der Pacht um weitere 30 Jahre zu bewegen. So haben in den letzten fünf Jahren bereits mehr als 3.000 Farmer und ihre Familien ihr Land verloren. In den nächsten sieben Jahren wird dieses Schicksal weitere 1.200 Landwirte ereilen. Sie verlieren nicht nur Arbeit und Einkommen, sondern auch ihre Häuser, die auf dem gepachteten Land stehen. Manche sind inzwischen bei Verwandten untergekommen, doch hunderte leben in Flüchtlingslagern und wissen nicht, wohin sie gehen und wovon sie leben sollen. Mehr als 22.000 Zuckerrohr-Farmer bewirtschaften Betriebe in einer Größe von vier bis fünf Hektar. Im Jahr ernten sie durchschnittlich 183 Tonnen Zuckerrohr, was knapp 10.000 Fidschi-Dollar einbringt - für fidschianische Verhältnisse ein ansehnliches Einkommen. Es kommt jedoch nur zustande, weil Fidschi als AKP-Land Zucker zu einem Präferenzpreis in die Europäische Union exportiert. Das Zuckerprotokoll, das die EU mit einer Reihe von Staaten in Afrika, der Karibik und dem Pazifik im Rahmen der Lomé-Abkommen abgeschlossen hat, garantiert Exportpreise, die um das Zwei- bis Dreifache höher liegen als der Weltmarktpreis. Dagegen gehen vor allem Australien und Brasilien vor, zwei große Zuckerexporteure, die bei der Welthandelsorganisation (WTO) die Abschaffung des Präferenzsystems bewirken wollen. Doch auch in der EU mehren sich Stimmen, die diesen subventionierten Zuckerimport abschaffen wollen. Wenn das Zuckerprotokoll mit der EU in weniger als zehn Jahren ausläuft, wird ein Zuckerrohr-Farmer in Fidschi wohl nicht einmal mehr die Hälfte dessen erhalten, was er heute noch verdient.

»Die Inder« sind schuld

Unmittelbar mit der Landfrage hing auch der Putsch im Frühjahr 2000 zusammen. Am 19. Mai des Jahres stürmte eine Gruppe bewaffneter Fidschianer das Parlament in Suva und nahm über 50 Kabinettsmitglieder und Angehörige des Parlaments als Geisel. Sie wollten Fidschi zu einem christlichen Staat erklären und die Verfassung dahingehend ändern, dass »Fremde«, gemeint sind gerade auch Fidschianer indischer Herkunft, zu den höchsten Regierungs- und Staatsämtern grundsätzlich keinen Zugang haben. Ein 56-tägiges Politdrama begann, unter dem der Inselstaat noch heute zu leiden hat.³

Genau ein Jahr zuvor, im Mai 1999, war mit Mahendra Chaudhry zum ersten Mal ein Politiker indischer Herkunft zum Premierminister Fidschis gewählt worden. Viele Hoffnungen gerade der ärmeren Fidschianer knüpften sich an die sozial-demokratische Ausrichtung einer Fidschi Labour Party. Als Chaudhry jedoch begann, laut über die Landverteilung nachzudenken, weil das Landrechtssystem die Entwicklung der kommerziellen Landwirtschaft in Fidschi behindere, zog er sich den erbitterten Widerstand der ländlichen Elite zu. Die nationalistische Opposition nutzte die Gelegenheit, um Ängste unter den indigenen Fidschianern zu schüren.

Die »Inder«, die - so behaupteten sie - ohnehin den größten Teil der wirtschaftlichen Elite des Landes stellen würden, hätten nun auch die politische Macht inne und würden alles daran setzen, das Landrecht der Fidschianer aufzuweichen. Diese Demagogie der nationalistischen Politiker fiel auf fruchtbaren Boden, traf sie doch genau den Nerv einer äußerst verunsicherten fidschianischen Bevölkerung, insbesondere der Armen. Denn zu einem Zeitpunkt, als gerade viele ihre Arbeit in der Stadt verloren hatten, gewann das Recht, ein Stück Land für ein Haus und etwas Subsistenzanbau in Anspruch nehmen zu können, für sie an Bedeutung. Die Angst um die einzige soziale Absicherung in Zeiten zunehmender Armut, ließ sich so leicht schüren.

Gezielt instrumentalisieren die alten Eliten den Konflikt mit der indisch-stämmigen Bevölkerung und zeichnen das Bild eines glorreichen fidschianischen Nationalismus, der den Fidschianern nur deshalb nicht Reichtum und Wohlstand bringe, weil sich die indisch-stämmige Bevölkerung an die Schaltstellen der wirtschaftlichen und politischen Macht gesetzt habe. Damit lenken sie von akuten sozio-ökonomischen Krisen ab. Sind es doch neben den externen wirtschaftlichen Zwängen auch Vetternwirtschaft und Korruption, die für den Reichtum weniger und die Verarmung vieler verantwortlich sind. Diese Misere führten in eine Konfliktspirale, die es überhaupt erst ermöglichte, ethnische Kategorien mit bisher unbekannter Vehemenz in die politische Auseinandersetzung einzuführen. Über den Zusammenhang zwischen der extern wie intern begründeten ökonomischen Misere eines Großteils der Bevölkerung und dem mittels der Landrechtsfrage entfachten politischen Machtkampf, herrscht aber weithin Schweigen⁴. Dabei ist diese Konstellation eine der treibenden Kräfte für die Abwanderungsbewegung.

Anmerkungen

1. 1916 wurden die letzten indischen Arbeitskräfte für die Plantagenarbeit rekrutiert, doch auch danach ist der Zustrom von Indern nach Fidschi nie abgebrochen. Da sich die meisten Plantagenarbeiter nach Ablauf ihrer Kontrakte in Fidschi niederließen, verschob sich das demographische Verhältnis: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren etwa 14 Prozent der Bevölkerung des Inselstaates indisch-stämmig. Bei der Volkszählung 1966 betrug ihr Anteil mehr als 50 Prozent. Erst aufgrund der massiven Auswanderungen seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre haben die Fidschianer bevölkerungsmäßig wieder die Oberhand gewonnen: 1996 stellten sie mit knapp 51 Prozent wieder die Bevölkerungsmehrheit. Nach dem Staatsstreich vom Mai 2000 dürfte der Anteil der indisch-stämmigen Bevölkerung auf unter 40 Prozent gesunken sein.
2. Das Land gehört Familienverbänden, den Mataqali. Mehrere Mataqali bilden einen Yavusa-Verband

und eine größere Anzahl Yavusas sind in einem Vanua zusammengeschlossen. Jedem dieser Einheiten steht ein Chief oder Headman vor, dessen Amt erblich ist. An dieser Einteilung spaltet sich die fidschianische Gesellschaft, vor allem wenn es um die Aufteilung der Pächterlöse geht. 25 Prozent der Pacht fließt an die National Land Trust Board (NLTB), eine quasi-staatliche Einrichtung, die im Namen der Clans deren Landeigentum treuhänderisch verwaltet. Fünf Prozent der Pacht sind für den Headman des Vanua bestimmt, 10 Prozent bekommt der Headman des Yavusa, 15 Prozent der Führer des Mataqali und die verbleibenden 45 Prozent der Pacht werden unter den Mitgliedern des Mataqali verteilt. Die Häuptlinge der Vanua, Yavusa und Mataqali beziehen so ein beträchtliches Einkommen, während eine einzelne Familie nicht viel an Pacht einnimmt. Zu viele teilen sich die verbleibenden 45 Prozent.

3. Das macht sich auch im Tourismussektor bemerkbar, der für das Land noch wichtiger ist als die Zuckerindustrie. Hier hat es nach dem Putsch einen starken Einbruch gegeben. Erlebte Fidschi 1999 mit 409.000 Besuchern noch einen Rekord ausländischer Touristen, so ging die Zahl im folgenden Jahr auf weniger als 280.000 zurück. In keinem Bereich haben mehr Menschen in den letzten zwei Jahren ihre Arbeit verloren als im Tourismussektor.
4. Heute regiert eine Koalitionsregierung, in der die SDL [Soqosoqo Duavata ni Lewenivanua, United Fiji Party] stärkste Partei ist. Nach den Wahlen vom August 2001 wurde Laisenia Qarase Premierminister, der nach dem Putsch im Jahre 2000 bereits als Übergangspremier eingesetzt worden war.

erschienen in: iz3w 267, Freiburg 200x

Änderungen und Irrtümer vorbehalten. www.trouble-in-paradise.de